

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung)	20 Stadtkämmerei
Abteilung/Sachgebiet	20.02 Stabstelle Finanz2030
Planstelle/Stelle Nr.	diverse (vgl. Anlage)
Bewertung <u>bisher</u>	diverse (vgl. Anlage)
Funktionsbezeichnung <u>bisher</u>	diverse (vgl. Anlage)

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	6,00
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	diverse (vgl. Anlage)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	diverse (vgl. Anlage)	
Befristung bis	unbefristet	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: + 475.260 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss des Magistrats vom 08.02.2023 sowie Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 28.02.2023 wurde zur Vorbereitung, Beschaffung und Einführung eines neuen integrativen Finanzsystems das Projekt „Finanz2030“ befristet für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2030 beschlossen. Projektleitung mit dem Projektteam werden als Stabstelle der Stadtkämmerei zugeordnet. Beschlossen wurde zudem die Anerkennung des unbefristeten Personalmehrbedarfs (vorbehaltlich Bewertung) gemäß Anlage. Der Ausschuss für Personal und Organisation hat am 21.02.2023 den anerkannten Mehrbedarf der Stellen a), b), c), d) und g) (vorbehaltlich Bewertung) beschlossen. Der Ausschuss für Personal und Organisation hat am 26.09.2023 den anerkannten Mehrbedarf der Stellen e) und f) beschlossen. Stelle g) wird nicht beantragt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Artikel 146 i.V.m 131, 131a, 131b, 132,132a, 133 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen; §§43, 53, 56, 57 bis 60, 61 bis 62, 63, 64 bis 66, 70 bis 71 Verfassung für die Stadt Bremerhaven; Insbesondere §118 i.V.m. §§70 bis 87 (Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen) sowie inhaltlich §118 i.V.m. §§1 bis 10a, 11 bis 33, 34 bis 69, 105 bis 112, 113 Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (mit Ausnahme §§18a Absatz 7, §71a);

Bürgermeister Neuhoff

Fachausschuss: Beschluss vom 28.02.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Anlage zum Antrag zum Stellenplan 2024/2025

20 Stadtkämmerei I 20.02 Stabstelle Finanz2030

- a) Leitung des Teilprojektes Haushalt, EG11 / A11 (Neuschaffung);
- b) Leitung des Teilprojektes Steuern, EG11 / A11 (Neuschaffung);
- c) Sachbearbeitung im Teilprojekt Kasse, EG9c / A10 (Neuschaffung);
- d) Sachbearbeitung im Teilprojekt Technische Systemverwaltung, EG9c / A10 (Neuschaffung);
- e) Sachbearbeitung im Teilprojekt Berichtswesen, EG9c / A10 (Neuschaffung);
- f) Sachbearbeitung Teilprojekt Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung, EG9c / A10 (Neuschaffung);
- g) Assistenz-Geschäftsstelle (Neuschaffung 0,38 Stelle Projektassistenz).

Magistrat
Organisationseinheit Amt 21

Bremerhaven, 02.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Amt 21, Stadtkasse

Abteilung/Sachgebiet

Vollstreckungsabteilung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

Neuschaffung

Streichung

Umwandlung

Höherbewertung

Abwertung

Ausweisung

Übertragung

Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll

1,0

anerkannter Bedarf - Soll

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 69.740 €

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

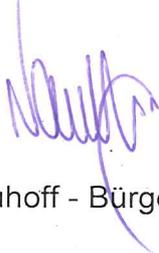
Begründung:

Zur Begründung verweisen wir auf die anliegende Vorlage für die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 09.05.2023 mit der Ergänzung, dass die Anzahl der Vollstreckungsaufträge im 1. Halbjahr 2023 mittlerweile bei 11.492 liegt, was eine dramatische Entwicklung darstellt. Der Ausschuss hat der Einrichtung der Stelle für 2024/25 einschließlich der Anerkennung des überplanmäßigen Bedarfs für 2023 mehrheitlich zugestimmt. Es steht allerdings noch eine Stellungnahme der Abteilung 11/6 aus, die bereits im Mai angekündigt war.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
§ BremGVG i. V. m. § 285 AO



Neuhoff - Bürgermeister -

Fachausschuss: Beschluss vom 09.05.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<i>EGRa</i> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Vorlage Nr. 15/2023		
für die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - Bereich Finanzen.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Vollstreckungsaußendienst der Stadtkasse

A Problem

Dem Vollstreckungsaußendienst der Stadtkasse stehen derzeit vier Planstellen für Vollziehungsbeamte zur Verfügung. Deren Aufgabe besteht darin, den persönlichen Kontakt zu säumigen Zahlern aufzunehmen, sie zur Zahlung aufzufordern, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermitteln sowie Sachpfändungen durchzuführen und andere Vollstreckungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Aufgrund verringerter Fallzahlen hatte die Stadtkasse zum Stellenplan 2020/21 seinerzeit eine Stelle eingespart und die Zahl ihrer Vollziehungsbeamten von 5 auf 4 verringert. Seitdem hat sich die Zahl der Vollstreckungsaufträge jedoch wieder erhöht und mittlerweile ein Niveau wie vor der Personalreduzierung erreicht. Die Ursachen sind zum einen in einer schwierigeren gesamtwirtschaftlichen Lage zu suchen, zum anderen auch in rechtlichen Änderungen zu einzelnen Forderungsarten. So hat sich die Anzahl der zu bearbeitenden Vollstreckungsaufträge im Vergleich der Jahre 2019 und 2022 bei den Niederschlagswassergebühren von 59 auf 1.411 und bei den Kindertagesstättenbeiträgen von 279 auf 2.551 erhöht.

Über die Jahre gesehen haben sich die Auftragszahlen wie folgt entwickelt:

Jahr	Vollstreckungsaufträge
2016	18.593
2017	15.998
2018	13.149
2019	14.752
2020	12.370
2021	16.214
2022	16.624
1. Quartal 2023	4.782

Durch den dauerhaft erhöhten Arbeitsaufwand sind die Mitarbeiter an ihrer Belastungsgrenze angekommen. Dem Personalamt liegen mittlerweile drei Überlastungsanzeigen vor. Zudem leidet die Vollstreckungsqualität, was sich an geringeren Erfolgsquoten und somit auch in Forderungsausfällen widerspiegelt. Diese lassen sich allerdings aufgrund fehlender Auswertungsmöglichkeiten nicht genau quantifizieren.

B Lösung

Für den Stellenplan 2024/25 wird eine zusätzliche Stelle im Vollstreckungsaußendienst der Stadtkasse eingerichtet. Für 2023 wird ein überplanmäßiger Bedarf anerkannt.

Die damit verbundene neue Arbeitsverteilung hätte zur Folge, dass für die Bearbeitung der einzelnen Vollstreckungsfälle mehr Zeit verbliebe und eine höhere Vollstreckungsqualität erzielt werden würde. Leider sind große Teile der Bremerhavener Bevölkerung auf schriftlichem Wege nicht für die Verwaltung, und schon gar nicht für die Hoheitsverwaltung zugänglich. Diese Personengruppe, die zudem meistens in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, ist nur über den persönlichen Kontakt und direkte Ansprache zu erreichen und zur Zahlung zu bewegen, was auch immer einen erhöhten Zeitaufwand mit sich bringt. Darüber hinaus stünde mehr Zeit für die eigentlichen Vollstreckungsmaßnahmen zur Verfügung, z. B. für die Suche nach zu pfändenden Kraftfahrzeugen.

C Alternativen

Die Beibehaltung der aktuellen Personalausstattung von vier Stellen im Vollstreckungsaußendienst, was jedoch nicht empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Zusätzliche Personal- und Sachkosten für eine Stelle der Entgeltgruppe 9a TVöD in Höhe von ca. 65.000 €. Für das Jahr 2023 kann der anteilige Betrag aus dem Budget der Stadtkasse finanziert werden. Der Mittelbedarf für 2024/25 ff. ist in der nächsten Haushaltsplanung zu berücksichtigen, wobei zu erwarten ist, dass die Ausgaben durch die zu erwartenden Mehreinnahmen im Gesamthaushalt gedeckt werden.

In Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz, ausländische Mitbürger, Menschen mit Behinderung und Belange des Sports hat der Beschluss keine Auswirkungen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils besteht nicht.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Vollstreckungsaußendienst der Stadtkasse für den Stellenplan 2024/25. Für das Jahr 2023 wird ein überplanmäßiger Bedarf anerkannt. Die Finanzierung für 2023 wird über das Budget der Stadtkasse sichergestellt.

Der Mittelbedarf für 2024/25 ff. wird über die zu erwartenden Mehreinnahmen im Gesamthaushalt gedeckt.

Neuhoff
Bürgermeister

Magistrat
Amt 11/3

Bremerhaven, 10.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat I/8 (Referat für Wirtschaft)
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr. 2 0 009

Bewertung bisher EG 13 TVöD EGO/VKA

Funktionsbezeichnung bisher Stadtangestellte:r

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1,0"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
Bewertung <u>neu</u>			
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>			
Befristung bis			

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

~~Ausgaben~~/Einsparung pro Jahr: - 93.880 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

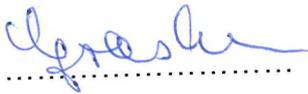
Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Da der Stelleninhaber der Stelle 2 0 009 ist mit Ablauf des 31.03.2022 aus dem städtischen Dienst ausgeschieden ist und auch keine Kostenerstattung für die Abrechnung des EFRE-Programms 2014 – 2020 erfolgt, ist die Stelle zu streichen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:


.....

Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Amt 11/3

Bremerhaven, 01.11.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat I/8 (Referat für Wirtschaft)
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr. 2 1 003

Bewertung bisher EG 13 TVöD EGO/VKA

Funktionsbezeichnung bisher Stadtangestellte:r

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text" value="1,0"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>			
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>			
Befristung bis			

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

~~Ausgaben~~/Einsparung pro Jahr: - 93.880 €
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

- Finanzierungsträger:
- Finanzierungsanteil:
- verbleibender kommunaler Anteil:
- Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der überplanmäßig befristet anerkannte Bedarf „Aktionsprogramm Aufenthalts- und Erlebnisqualität Innenstadt“ endet mit Ablauf des 31.12.2023. Die Stelle ist daher zu streichen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Grashan

Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>